V.b.b. Zeitung vom Verleger versendet
Journal expédié par l'éditeur

Nr. 5 - Preis 25 Groschen

JUDENSTAAT

zionistisch-revisionistisches Organ

Erscheint wöchentlich

Abonnement-Preis: Österreich: vierteljährig S 2.90, halbjährig S 5.50, ganzjährig S 10.— / Deutschland: vierteljährig Reichsmark 2.—
Polen: vierteljährig Zl. 3.50 / Jugoslawien: vierteljährig Dinar 40.— / Rumänien: vierteljährig Lei 100.— / Č. S. R.: vierteljährig Kč 15.—
Schweiz und übrige Länder: vierteljährig Schw. Frc. 2.90.
Postsparkassen-Konti: Österreich B-11.035 / Č. S. R. 501.540 / Polen Dr. Aron Goldin 27,765 / Jugoslawien Rudolf Heller, Osijek 36.843

Wien, Freitag, den 6. Juli 1934 | Redaktion und Administration: Wien, I., Adlergasse 4 (Griecheng. 3) - Telephon R-23-0-04

CHAIM NACHMAN BIALIK

Knapp vor Blattschluß erreicht uns die Nachricht, daß Chaim Nachman Bialik verschieden ist. Ein altes Leiden, dem die Aerzte des Sanatoriums Auersperg beikommen wollten, hat den im 62. Lebensjahr stehenden Dichter gefällt. Bialik war vor vierzehn Tagen aus Erez Israel, wo er seit Kriegsende seinen ständigen Wohnsitz hatte, nach Wien gekommen.

Der große hebräische Dichter ist tot! Diese Nachricht wird das von Unglück über Unglück täglich heimgesuchte jüdische Volk mit fassungsloser Bestürzung aufnehmen, der Schmerz, nun auch an der Bahre eines seiner größten geistigen Führer stehen zu müssen, stellt es vor ein Uebermaß des Erträglichen.

Mit Bialik ist eine Persönlichkeit dahingegangen, die den ganzen gewaltigen Komplex des neuzeitlichen, von der jüdischnationalen Bewegung inspirierten und ausgelösten jüdischen Kulturgutes verkörperte. Er war die repräsentative Erscheinung nicht nur der modernen hebräischen Geisteswelt, sondern des jüdischen Willens zur geistigen Neugeburt und Umformung überhaupt — das weithin leuchtende Symbol des schier ans Wunder grenzenden Phänomens jüdischer Neugestaltung.

Als Dichter von prophetischem Format, als jüdischer Kulturdenker, der sich würdig neben die großen jüdischen Geistesgestalten der Antike und des Mittelalters stellen durfte, war seine Wirkung auf die Schöpferkraft unserer Generation unermeßlich.

Sein **ganzes** Werk heute zu umreißen, müssen wir uns versagen. Wir wollen nur seinem kongenialen Bruder im Reiche der neuen hebräischen Dichtung, Saul **Tschernichowsky**, über den **Dichter** Bialik sprechen lassen. Der Denker und Volksführer Bialik soll ein nächstes Mal charakterisiert werden.

Saul Tschernichowsky:

Der Dichter

Es lohnt vielleicht nicht, hier ausführlich zu untersuchen, warum und weshalb das so ist, aber Tatsache ist, daß Bialik sich von all den klassischen Formen der Dichtung, die durch die nichtjüdische Literatur an unsere heutzeitigen hebräischen Schriftsteller herangetragen worden ist, abgewendet hat. Er schreibt keine Idylle, keine Balladen, hat auch nicht eine einzige Sonette veröffentlicht. Ueberflüssig zu sagen, daß er sich nicht mit den Spielereien unserer Aestheten abgegeben hat, mit Rondo, Triolett und Reimen wie Oktaven, Terzetten und ähnlichem.

Seine Dichtung ist lyrische Dichtung, und ihr Rhythmus ist eigentlich vom Gehalt her gegeben, vom großen jüdischen Schmerz, von großen jüdischen Freuden und Sehnsüchten. Das gilt selbst für jene Schöpfungen, die ganz und gar im privaten dichterischen Bezirk entstanden sind, selbst für die Natur- und Liebeslieder, selbst für das „Buch der Winterlieder", der Gedichte, in denen Bialik den erwachenden Morgen oder den davonfliegenden Vogel, die Blüten und die Nacht besingt. Sie alle sind in Bialiks Odessaer Zeit, zwischen 1900 und 1910 entstanden. Bis zum Höchstpunkt, bis zum Erscheinen des zweiten Gedichtzyklus 1915, in dem schon der Dichter von der eigenen Sendung und vom eigenen Los redet, haben sie alle das eine Gemeinsame, daß sie im Tonfall, Versmaß und Aufbau weitab von allen Kunststücken, von allem Eigenwilligen stehen. (Mir scheint deshalb ein unverzeihlicher Fehler, daß diese Lieder, die für die aschkenasische Aussprache und für den jiddisch sprechenden Menschen geschrieben sind, sefardisch gelesen werden. Ich weiß nicht, wie Bialik selbst darüber denkt. Aber ich für meine Person verzichte gern auf alle Musikalität, die vielleicht darin liegen mag, wenn durch die sefardische Aussprache den Bialik-Liedern ihr eigener Rhythmus geraubt wird.)

Und es ist nicht zu verkennen, jenes eigenartige Tempo, jene innere Dichtung, die im Schöpfer klingt und schwingt, ob er davon weiß oder nicht, sie prägt eigentlich sein Wesen und sein Leben. Das ist eine Sache, glaube ich, über die man noch einmal viel Dissertationen schreiben wird. Man wird noch einmal erkennen können, wofür uns heute der Blick ein wenig verstellt ist, daß nämlich auch in Bialiks Art zu reimen, auch in Bialiks Wortwahl etwas Allgemeingültiges liegt, eine Aussage über unser aller Wesen, weit mehr als über sein eigenes.

Es wäre unrecht, in diesem Zusammenhang nicht auch die jiddischen Gedichte, von denen viele so schnell populär geworden sind, — anonym, tausendfach gesungen und fast immer ohne Nennung ihres Verfassers — es wäre unrecht, nicht auch sie zu erwähnen. Nur eines ist unter ihnen, das in prophetischem Pathos spricht. „Das letzte Wort", gerichtet an das Volk, das den Künder und Tröster und Wegweiser nicht hat hören wollen. Sonst sind sie alle so schlicht, daß man sie eigentlich nicht vergessen kann, wenn man sie einmal gehört hat, gerade ihrer innersten Volkstümlichkeit wegen. Hier, bei der jiddischen Dichtung, hat Bialik die größte Kraftprobe seines urjüdischen, das Judentum als eine Gesamtheit wirklich erfassenden Genius damit abgelegt, daß er Gedichte von Jehuda Halevy, zu gehobener klassischer Sprache abgefaßte Gedichte, ins einfache Jiddisch des Mannes aus dem Volke übersetzt hat. So sind auch alle die humorvollen musikalischen Kindergedichte, sind die vielen Nacherzählungen biblischer Legenden aus dem Leben Davids und Salomos entstanden, so die Feuilletons über publizistische und allgemeine Ereignisse.

Der Dichter, aus dem so ein ganzes Volk spricht, braucht nicht an der Form zu modeln. Lyriker von Natur, hat Bialik sich mit anderen Schöpfungsarten, die dies Gebiet nur lose berühren, nicht abzugeben brauchen. Seine Poeme sind lyrische Poeme jener Schule, die sich von Lord Byron ableitet, und die schon auf andere hebräische Dichter vor ihm, z. B. Gordon, großen Einfluß gehabt hat. Man kann also nicht sagen, daß die hervorragendsten Schöpfungen, wie „In der Stadt des Mordens" und das „Buch des Feuers", gar keiner der allgemein üblichen dichterischen Haltungen zuzurechnen seien. Aber es fehlt ihnen allen jene Geschlossenheit, die aus der Absicht kommt, aus der unverrückbaren Absicht, an der Form festzuhalten. Man sieht, man spürt im Lesen, wie bei ihm vom Dichter her neue Forderungen an ihn herantreten und ihn herausreißen aus den Stilbahnen, in denen er zu Anfang schritt. Zu der einmal eingeschlagenen Richtung gesellt sich aus der Ueberfülle des Gehalts her eine andere und eine dritte und vierte, und zwischen ihnen allen steht dann die eigenlebige Schöpfung: das jüdische Leben.

Es ist zwar überflüssig das zu sagen, aber es soll doch nicht ungesagt bleiben: Bialik ist ein Meister, ein unvergleichlicher, ein vielleicht noch nie dagewesener Meister unserer Sprache. Für Halbtöne, für fehlende Töne, für kleine Konsonanten und Nachklänge der Konsonanten hat er ein Gefühl, wie es vielleicht noch keiner vor ihm gehabt hat. Deshalb ist, was er sagt, musikalisch und so unübersetzbar. Deshalb fehlt ihm als ersten hebräischen Dichter der Neuzeit jene Trockenheit, die uns in allen anderen aufklärerischen Dichtungen so abstößt, weil sie sich an ein Schema halten, das ihnen und der hebräischen Sprache nicht gemäß ist.

Und wenn auch Bialik der Mann des überwältigenden Ausdrucks, des Steine zerschmetternden Wortes ist, so scheint mir doch der Bialik, der die Laute der Sprache zart zu erhören versteht, und der Bialik, der sie schlicht zusammenmengt und in unvergleichlicher Musikalität die Dichtung, das Lied schafft, scheint mir doch dieser Bialik, der musikalische, auch der größte von allen.

Eine Antwort an die britisch-arabische Schandjustiz in Palästina.

Der opfervolle, aktive Kampf wird beschritten

Die Exekutive der Union der Zionisten-Revisionisten in Paris erläßt die folgende Kundgebung:

Das unbarmherzige und unbegründete Urteil über die Revisionisten und Angehörigen des Brith Trumpeldor, die angeklagt waren, einer illegalen Organisation anzugehören, ist in keiner Weise mit den Prinzipien der Gerechtigkeit vereinbar und ein weiterer Beweis dafür, daß das Gerichtswesen in Palästina nichts anderes ist, als ein Instrument der Administration der Mandatarmacht im Lande.

Diese Handlung des britischen Gerichtes bildet eine weitere Etappe in der Reihe jener Akte, die mit der zynischen Verurteilung des unschuldigen Stavsky angefangen haben. Alle diese Akte haben den Zweck, um jeden Preis die einzige Bewegung zu ersticken, die sich mit Erfolg der Politik der Regierung in Palästina, die auf die Liquidierung des Zionismus hinausgeht, entgegenstellen könne.

Das System der Mandatarmacht in Palästina hat in den letzten zwei Gerichtsurteilen (dem gegen Stavsky und dem gegen Achi Meïr und Genossen) unmenschliche Formen angenommen. Aber dieses selbe System existiert auf politischem Gebiete seit Jahren: ein System planmäßiger Unterdrückung der legitimen bluthaften jüdischen Interessen in Palästina. Gegen dieses System haben die verurteilten betharischen und revisionistischen Patrioten gekämpft und ihre eigene Person in dem aktiven politischen Widerstand gegen die antijüdische Administration zum Opfer gebracht. Ihre Taten — der aktive Boykottkampf anläßlich der Volkszählung, mit der das arabische Parlament in Palästina hätte vorbereitet werden sollen; die Demonstration in Tel Aviv am 8. Dezember 1933, nach der die häßliche und unmenschliche Jagd auf Touristen seitens der britisch-arabischen Polizei aufgehört hat; die Organisierung des Ausdrucks der wahren Stimmung des Jischuw gegenüber einem hohen britischen Kolonialbeamten, der mit antijüdischen Absichten nach Palästina gekommen war — alle diese und andere Taten gehören zum schönsten Ausdruck des staatszionistischen Kampfes gegen das herrschende System in Palästina.

Das antijüdische System nimmt Formen an, die den jüdischen Jischuw in Palästina und die jüdischen Massen in der Diaspora zwingen, jenen opfervollen Weg aktiven Kampfes zu beschreiten, den die Verurteilten symbolisieren. Die ersten Symptome hiezu waren der Generalstreik und die mit ihm verbundenen spontanen Demonstrationen, sowie die große Petitionsbewegung in der Galuth. Der Revisionismus wird sich durch den Akt von Willkür und Ungerechtigkeit, den das rachevolle Urteil gegen die Betharim und Revisionisten darstellt, nicht ab-

schrecken lassen; er wird darauf mit einer verdoppelten Anstrengung des Kampfes für die Sache des Volkes antworten. Den Verurteilten aber, die in diesem Kampf eine wichtige und ehrenvolle Rolle gespielt haben, senden wir im Namen der revisionistischen Weltbewegung herzlichen Gruß und Anerkennung.

Im Londoner Ober- und Unterhaus:

Zionistenfeinde und Kolonialminister finden sich

London. Eine Anfrage Viscount Templetowns im Oberhaus am 27. Juni führte eine durch den Unterstaatssekretär im Ministerium für die Kolonien Earl of Plymouth abgegebene Erklärung über die englische Palästinapolitik herbei.

Viscount Templetown richtete an die Regierung die Frage, ob sie jetzt bereit sei,

in Anerkennung der Rechte der Araber als einer Nation Maßnahmen auf Grund der Passfield-Erklärung zu treffen. Er fragte, wie lange die Araber noch in ihrer gegenwärtigen Stellung minderen Rechts (position of inferiority) in Palästina gehalten werden sollen.

Diese Anfrage Viscount Templetowns im Oberhaus und die am gleichen Tage im Unterhaus von Vize-Admiral Taylor gestellte Frage, die auf ein Verbot der jüdischen Einwanderung in Palästina überhaupt hinausgehen will, bilden offenbar die ersten Etappen des erneuten Vorstoßes der Araber-Freunde und Zionistenfeinde in die englische Politik.

Der Engländer Snell, die Juden Reading und Melchett antworten.

Zu der Anfrage Lord Templetowns nahm als Erster Lord Snell das Wort, der erklärte, er spreche nicht im Namen der Labour Party, sondern im eigenen Namen. Für das arabische Volk empfinde er größte Hochachtung. Er frage: Wie sieht es in Wirklichkeit mit den Rechten der Araber aus; ist ihnen etwas zugefügt worden, das sie zu Beschwerden berechtigt? Ohne Zweifel hätten die Araber gehofft, in Palästina eine freie arabische Nation zu bilden. Zu einer Klage bezüglich ihrer von Lord Templetown zur Sprache gebrachten Stellung aber hätten sie keinen wirklichen Grund.

Die Staatsmänner der Welt seien übereingekommen, daß die Juden ein Volk sind und daß Palästina der Boden für den Wiederzusammenschluß ihres Volkstums sein soll.

Die Juden kämen nach Palästina nicht als Geduldete, sondern kraft eines Rechts. Er wünschte, daß die Araber nicht nur frei wären von der Herrschaft jüdischen Kapitals, sondern auch von der des Kapitals der Effendis und von der Herrschaft der Großgrundbesitzer und Wucherer ihrer eigenen Rasse. Es sei unrichtig zu sagen, die Araber seien heute in schlechterer Lage als früher.

In Wirklichkeit habe sich ihre Lage ungeheuer verbessert.

Der Zionismus habe Palästina nicht ärmer gemacht. Er habe es im Gegenteil bereichert. Keineswegs habe er die Araber dem Druck der Armut stärker unterworfen. Die palästinensischen Araber konnten sich im Gegenteil einer Sicherung gegen Armut und Elend erfreuen wie kein anderes arabisches Volk in dieser Zeit. Ohne die Durchführung des zionistischen Versuchs in Palästina hätte sich die Lage der Araber in einer Zeit wirtschaftlicher Weltdepression und finanzieller Not verzweifelt gestaltet. Er hoffe, die Araber würden sich mit der Tatsache abfinden, daß Palästina ein Land zweier Volksstämme sein muß, und an die Ausnutzung einer wahrhaft großen Möglichkeit herangehen.

Der Marquis of Reading lenkte die Aufmerksamkeit des Hauses auf den in Palästina herrschenden Mangel an Arbeitskräften. Von den dadurch hervorgerufenen schweren Wirtschaftsstörungen seien ebenso Juden wie Araber betroffen. Er richte an die Regierung die Bitte, alles, was sie könne, zu tun, um diese Verhältnisse zu ändern, die sonst zu ernsten wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Palästina führen würden. Das Anhalten der so bemerkenswerten Prosperität in Palästina werde bei Fortdauer dieser Verhältnisse unmöglich gemacht. Er ersuche deshalb die Regierung, sich mit dem High Commissioner zu beraten und Maßnahmen zur Verhütung so verhängnisvoller Folgen zu treffen.

Lord Melchett berichtete über seine Beobachtungen während einer vor kurzem nach Palästina unternommenen Reise und erklärte, die Stimmung sei dort weit besser als in den letzten Jahren. Ungeheuer viel könne und müsse in Palästina geleistet werden, er sehe aber nicht, wo man die Leute für diese Arbeiten hernehmen solle, wenn man die Einwanderung nicht in verstärktem Umfang zulasse. Die Aussichten seien nicht so, daß sie düstere Voraussagen bewahrheiten könnten, und es sei nicht wahrscheinlich, daß das Tempo des Fortschrittes rasch abnehmen werde. Palästina stehe am Vorabend einer großen Entwicklung; es sei ein schwerer Irrtum zu glauben, daß der Aufschwung bereits seinen Höhepunkt erreicht hat.

Das berüchtigte Passfield-Weißbuch ist maßgebend.

Auf die Anfrage Lord Templetowns und die in der Aussprache vorgebrachten Meinungen antwortete der Unterstaatssekretär für Kolonien Earl of Plymouth mit einer die Grundsätze der englischen Regierungspolitik in bezug auf Palästina zusammenfassenden Erklärung.

Die Regierung Sr. Majestät, sagte der Unterstaatssekretär, beabsichtige, das ihr übertragene Mandat sowohl dem Geiste wie dem Buchstaben nach zu erfüllen.

Die Passfield-Deklaration und der Brief des Ministerpräsidenten an Dr. Weizmann müßten zusammen berücksichtigt werden. Die Regierung beabsichtige nicht, von der in diesen beiden Dokumenten festgelegten Politik abzugehen und sehe es nicht als notwendig an, ein weiteres erläuterndes Statement in dieser Sache zu machen.

Was die verfassungsmäßige Entwicklung in Palästina betreffe, so sei es nicht möglich gewesen, einen Legislative Council einzusetzen. In dieser Angelegenheit sei es die Absicht der Regierung, sich an die vorgezeichneten Richtlinien zu halten. Es sei dies natürlich eine Sache, die sorgfältigster Erwägung bedürfe. Es werde notwendig sein, daß der High Commissioner die ganze Frage mit den Vertretern aller Gemeinschaften Palästinas bespreche. Die Zulassung von Einwanderern nach Palästina müsse bestimmt werden durch die wirtschaftliche Aufnahmsfähigkeit des Landes. Der High Commissioner habe dargelegt, daß er es, als er seine Entscheidung traf, als seine Pflicht ansah, nicht nur die gegenwärtigen Verhältnisse des Landes, sondern auch die künftigen Möglichkeiten zu berücksichtigen.

Nach diesen Erklärungen des Unterstaatssekretärs wurde der Antrag, ein neues Statement of Policy zu erlassen, zurückgezogen.

Er sorgt schon für Abwürgung der Einwanderung.

Im Unterhaus fragte am 27. Juni Vize-Admiral Taylor den Minister für die Kolonien, ob er in der Lage sei, die Zahl der arbeitslosen Araber in Palästina bekanntzugeben, ob er davon unterrichtet sei, daß gegen jüdische Unternehmungen, die Araber eingestellt hatten, von Juden ein Postendienst durchgeführt wurde, und

ob er eine strenge Begrenzung weiterer jüdischer Einwanderung, solange eine Frage arabischer Arbeitslosigkeit bestehe, erwägen wolle.

Sir Philip Cunliffe-Lister erwiderte: „Die Zahl der arbeitslosen Araber betrug Ende April d. J. 14.000. Es sind Fälle von Postenstehen in der in der Anfrage erwähnten Art vorgekommen; im vergangenen Monat wurden gesetzliche Bestimmungen zur Verhütung solcher Vorfälle getroffen. Der letzte Teil der Anfrage beruht, glaube ich, auf einem Mißverständnis. Die Arbeitslosigkeit unter Arabern wird bei der Festsetzung der Halbjahrsquote für Arbeiter-Einwanderer entsprechend den Grundsätzen berücksichtigt, die in dem Briefe des Ministerpräsidenten an Dr. Weizmann vom 12. Februar 1931, der in dem offiziellen Bericht desselben Tages veröffentlicht wurde, niedergelegt sind."

Die beiden Schandurteile in Jerusalem

Appelle für Stavsky in der ganzen jüdischen Welt.

Jerusalem. Das Jerusalemer Appellationsgericht hat den Beginn der Verhandlung in der Berufung, die Abraham Stavsky und sein Verteidiger Horace Samuel gegen das vom Jerusalemer Erstgerichte gegen Stavsky ausgesprochene Todesurteil eingelegt haben, für den 16. Juli d. J. festgesetzt.

Wie aus New York telegraphiert wird, hat der große jüdische Orden Bne Zion (Söhne Zions) auf seiner in New York abgehaltenen Konvention die Exekutive des Ordens ermächtigt, einen Fonds für die Verteidigung Stavskys aufzubringen. In einer Entschließung hat die Konvention ihrem festen Glauben an Stavskys Unschuld Ausdruck gegeben.

Jacob de Haas, der Vorsitzende des amerikanischen unparteiischen Komitees für die Verteidigung Stavskys, hat das folgende Telegramm an das Mitglied des englischen Unterhauses, Colonel Josiah Wedgwood, nach London gesandt: Ihre Aktion im englischen Parlament erfüllt uns mit Befriedigung. Machen Sie es bitte allen unzweifelhaft klar, daß wir Stavsky für unschuldig halten und einen fairen Prozeß wünschen. Eine Milderung des Todesurteiles würden wir nur als einen unvollkommenen Akt der Verzweiflung ansehen, der nur eine Fortführung unerwünschter Agitation im Gefolge haben wird.

In Montreal, Kanada, wurde ein unparteiisches Komitee für Stavsky organisiert, dem die lokalen jüdischen Führer angehören.

Wie aus Paris telegraphiert wird, tritt der hervorragende französische Anwalt und Abgeordnete Henri Torres, einst der Verteidiger Schalom Schwarzbarts, der Petljura ermordet hatte, in einer öffentlichen Erklärung für eine Revision des Urteiles gegen Stavsky ein. Das Berufungsverfahren, sagt Torres, müsse unter Bedingungen stattfinden, die strengste Fairness garantieren. Er vertraue denjenigen, die Stavsky für unschuldig halten.

Eine Gruppe von Rabbinern in Palästina, die den Aufruf der Oberrabbiner Kook und Jacob Meir für Stavskys Unschuld und Freilassung nicht mitunterzeichnet haben, überreichte dem High Commissioner Sir Arthur Wauchope ein Memorandum zugunsten Stavskys, in dem erklärt wird, daß das dem Gerichte gegen Stavsky vorgelegene Beweismaterial keineswegs für eine Verurteilung ausreichend war.

Verteidigungs-Komitee der Warschauer Jüdischen Gemeinde.

Warschau. Die Repräsentanz der Jüdischen Gemeinde Warschau hat in einer Nachtsitzung beschlossen, ein aus Vertretern aller jüdischen Gruppen zusammengesetztes Komitee zur Unterstützung der Verteidigung Abraham Stavskys zu bilden. Dem Komitee sollen führende Persönlichkeiten verschiedener jüdischer Richtungen angehören. An der Beschlußfassung wirkten die Allgemeinen Zionisten, die der Sitzung ferngeblieben waren, nicht mit.

Jerusalem. Der Verband polnischer Juden in Palästina hat dem polnischen Konsul ein Memorandum unterbreitet, in welchem er ersucht wird, die polnische Regierung aufzufordern, bei der englischen Regierung zugunsten des zum Tode verurteilten Stavsky, der polnischer Staatsangehöriger ist, zu intervenieren.

Urteil gegen Achi-Meir vor dem Unterhaus.

London. Colonel Wedgwood richtete im Unterhaus an den Kolonienminister die Frage, ob eine Berufung gegen das Urteil im Brith Habirjonim-Prozeß, dem gemäß Achi-Meir wegen Zugehörigkeit zu einer illegalen Organisation zu 21 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, möglich sei und ob Achi-Meir das Jahr Untersuchungshaft, das er im Zusammenhange mit der Untersuchung im Mordfall Arlosoroff verbracht hat, auf die Strafe im Brith Birjonim-Prozeß angerechnet werden wird.

Sir Philip Cunliffe-Lister erwiderte: Achi-Meir wurde am 19. Juni wegen Zugehörigkeit zu einer ungesetzlichen und aufrührerischen Organisation und wegen Besitzes aufrührerischer Literatur zu 21 Monaten Gefängnis verurteilt. Bei der Urteilsverkündung hatte der Gerichtsvorsitzende gesagt, er berücksichtige vollauf den Umstand, daß Stavsky im Zusammenhange mit einer anderen Anklage eine lange Untersuchungshaft durchgemacht habe, er erachte aber das Vergehen des Angeklagten als derart schwerwiegend, daß er 21 Monate Gefängnis für ihn als eine Mindeststrafe festsetzen müsse. Ein Appell gegen das Urteil müsse innerhalb zehn Tage nach dessen Fällung eingebracht werden. Bis heute ist ein Appell nicht eingebracht worden.

Warnung der Palästina-Regierung an das Oberrabbinat.

Jerusalem. Der Distriktskommissär für Jerusalem, Campbell, lud die Führer des palästinensischen Rabbinats, die Oberrabbiner Kook und Jacob Meier, zu sich und erklärte ihnen, daß der vom Rabbinat zugunsten des zum Tode verurteilten Stavsky veröffentlichte Appell Stellen enthält, in denen eine Beleidigung des Gerichtes erblickt werden könne. Campbell warnte die Oberrabbiner vor den Konsequenzen.

Oberrabbiner Kook erwiderte, es habe dem Rabbinat ferne gelegen, das Gericht anzugreifen;

das jüdische Gesetz schreibt aber vor, daß in Fällen, wo es sich um die Rettung eines unschuldigen Lebens handelt, nicht nur das Urteil eines irdischen Gerichtes, sondern auch ein Gesetz der heiligen Thora außer Wirkung gebracht werden dürfe.

Alarmierende Nachrichten über die Absichten des Kolonialamtes

Jerusalem. Der Arabischen Exekutive in Jerusalem sind aus London Informationen zugegangen, wonach in Bälde die Statuierung einer die Judenheit Palästinas schwer benachteiligenden Gesetzgebung zu erwarten sei. Die gesetzgebende Versammlung (Legislative Assembly) werde kurz nach Durchführung der Munizipalwahlen, die eben im Gange sind, proklamiert werden. Das Londoner Kolonialamt habe dem gegenwärtig in London weilenden Emir Abdullah von Transjordanien die Versicherung gegeben, daß strenge Gesetze gegen jüdische Einwanderung und Bodenverkauf an Juden in Palästina verkündet werden würden, die sich so auswirken werden, daß die Araber in Zukunft keine Depossedierung mehr zu gewärtigen haben werden. So weit die arabische Quelle.

Die gesamte hebräische Presse befaßt sich heute in sehr erregtem Tone mit der Aktion der Quäker in London, die darauf hinausgeht, in Palästina „Frieden" in der Weise zu stiften, daß sie, die Quäker, die britischen Regierungskreise zu beeinflussen trachten, sofort einen Legislative Council zu proklamieren, die jüdische Einwanderung in Palästina der Kontrolle eines internationalen Komitees zu unterstellen und den Verkauf von Boden an Juden zu beschränken. Ein von der Quäker'schen Conference of Friends eingesetzter Sonderausschuß hat den Kolonienminister Sir Philip Cunliffe-Lister besucht und soll von ihm die Versicherung erhalten haben, daß er es nicht zulassen wird, daß Palästina von Juden überfüllt wird, und daß der High Commissioner auch in Zukunft die Einwanderungsvorschläge der Jewish Agency nur zu einem Bruchteil berücksichtigen wird.

Die hebräische Presse fordert, daß sofort eine Abordnung des Jischuw und der Jewish Agency sich nach London begeben soll, um diesen antijüdischen Einflüssen entgegenzuwirken.

Vladimir Jabotinsky:

Das Land der Liebe

In Rechowoth haben unerkannt gebliebene Täter ein ausschließlich von revisionistischen Arbeitern erbautes Haus in der Nacht bis auf die Grundmauern niedergerissen.

So ist Palästina von einem französischen Schriftsteller, einem bekannten Romancier und Journalisten, dem Juden Josef Kessel, genannt worden. Das Buch, das diesen Titel trägt, ist vor ungefähr fünf Jahren veröffentlicht worden, als das in Palästina verspürte Hauptgefühl als „Liebe" erschien: Liebe zum Lande und zur Arbeit, wenn nicht gar Liebe der Menschen zueinander. Heute aber ... „Das Land des Hasses" wäre das passende Wort. Es ist mehr als unangenehm, mehr als bitter, dieses Wort hinschreiben zu müssen; aber was nützt es, die Augen zu schließen, wenn jeder Mensch die Dinge kennt? Palästina ist zu jenem Erdenwinkel geworden, wo die Juden einander mehr als irgendwo sonst befeinden. Sie lieben zwar das Land, ebenso die Aufbauarbeit, aber das hat seit langem aufgehört, die Hauptsache zu sein, der bestimmende Faktor in der dortigen Lebensatmosphäre. Diese wird vor allen Dingen vom Faktor des Hasses charakterisiert.

Dieses Faktum ist nun mit Gottes Hilfe auch schon offiziell registriert. Im letzten Bericht der englischen Regierung an den Völkerbund ist auf Seite 18 in einem längeren Absatz darüber zu lesen, wie sich die zionistischen Parteien untereinander streiten. Der Absatz ist mit Begeisterung geschrieben, man spürt, daß der Schreiber und seine Herren an diesem Spektakel Freude haben. Liest man so ein Kapitel eines Meisterwerks und spürt man die Freude, die fast aus jedem Wort strömt, so wird es noch klarer, wie sehr es sie verdrießen würde, wenn das Gericht anerkennen müßte, daß die Mörder Arlosoroffs Araber waren, d. h. wenn auch wirklich gottbehüte die einfache Wahrheit aufschiene!

*

Schon seit zwei Jahren bringen die Menschen, die aus Palästina kommen, die traurige Nachricht vom Haß. Etwas ganz Merkwürdiges klingt aus diesen Erzählungen heraus: daß es nämlich fast als Erleichterung wirkt, aus der vergifteten Atmosphäre fortreisen zu dürfen.

Dieses Gefühl konnte ich bei mir selbst schon vor fünf Jahren konstatieren. Es war im Jahre 1929. Ich war damals Einwohner Palästinas, hatte dort eine Arbeit, die ich liebte, und mehr alte, treue Freunde als irgendwo anders. Ich dachte: Na, du mein Lieber, hier bist du zu Hause, hier wirst du dir dein Häuschen bauen dürfen, und mit deinen Wandertagen ist es zu Ende. Da kam es aber zu jener Sitzung in der Assefath Maniwcharim, wo 98 Linke sich auf 12 Revisionisten warfen und sie niederschlugen; und nachher oder etwas früher (ich erinnere mich an die Einzelheiten nicht mehr), kam es zu den Wahlen für den 16. Zionistenkongreß, zu häßlichen, abscheulichen Wahlen, die aus mir vielleicht mehr als alles andere einen so wenig begeisterten Anhänger der Beteiligung an den Zionistenkongressen gemacht haben. Und als ich dann zum Kongreß fuhr und auf dem Schiff saß, fuhr es mir durch den Sinn: Was soll das bedeuten, daß sich bei mir, einem so alten Zionisten, das seltsame Gefühl der Erleichterung eingeschlichen hat, Palästina wenigstens für kurze Zeit (ich wußte damals nicht, daß es für lange Zeit sein würde) verlassen zu können? Was bedeutet es, daß du plötzlich so aufgeräumt und sorglos geworden bist, daß du zu dir sagen kannst, du werdest Gott sei Dank ein paar Wochen lang keine bösen Gesichter, keine haßerfüllten Seitenblicke sehen, keine giftigen Haßartikel lesen müssen? Darf ein Mensch, der seine Heimat verläßt, von solchen Gefühlen erfüllt sein? — Und zum ersten Mal begriff ich, daß es uns ein zweites Mal beschieden ist, das Heiligtum in einer Atmosphäre des Hasses bauen zu müssen, wie in den Tagen Esras und Nehemias.

Heute berichten andere über dieses Gefühl. Mit der besonders gefährlichen Note: es ist angenehm, Palästina zu verlassen ...

*

Eine Zeitlang tröstete ich mich damit, daß dieser Eindruck nur bei Parteileuten vorherrsche, bei Leuten, die überall ihre Nase hineinstecken, gefährliche Oertlichkeiten aufsuchen, wo eben die leidenschaftlichen Debatten zu Hause sind. Nein, die Juden schlechtwegs, jene, die nach Palästina gehen, um einen Orangengarten zu kaufen oder eine Fabrik zu gründen, die jungen Leute aus den halbassimilierten Kreisen, die einfachen Touristen, viele, viele von ihnen, die unparteiische Beobachter sind, bringen aus Palästina denselben traurigen Eindruck mit. Sie sagen: „Das Land? Gott gebe uns kein schöneres, kein besseres! Sollen aber in unserem Garten vielleicht die jungen Bäumchen entwurzelt werden, und obendrein von jüdischen Händen? Schönen Dank!"

„Was sagen Sie", erwiderte ich neulich einem so Sprechenden, „das ist doch noch nie vorgekommen." „Man sieht", erwiderte er, „daß Sie das Heilige Land schon lange nicht mehr besucht haben. Wenn man ein Haus zerstören kann, so wird man morgen eine Pflanzung verwüsten können. Und es muß nicht immer dieselbe Partei sein, die es tut. Der einen und der anderen hat sich seit langem schon wilder Wahnsinn bemächtigt."

*

Ein Gespräch, das ich heute, da ich dies schreibe, hörte. Der Mann, der spricht, ist einer der besten Kenner der Lage in Palästina, der Juden dort, der britischen Administration und der Araber: „Der ganze Wohlstand ist nichts angesichts der Tatsache, daß wir vor von außenher drohenden gewaltigen Gefahren stehen und selbst im Innern zerbrochen sind. Sie haben keinen Begriff von der Veränderung und Entwicklung der Araber seit den fünfzehn Jahren. Sie sind organisiert, bei ihnen herrscht, wenn es notwendig erscheint, strenge Disziplin; sie haben Ideale und sie haben Führer; und die Hauptsache, sie haben bereits eine Jugend, eine Jugend in unserem Sinn, begeistert und redlich. Obendrein fließt ja das von uns nach Palästina gebrachte Geld größtenteils in die arabischen Taschen. Als Gemeinschaft sind wir Juden drüben ‚reich', aber individuell gibt es in Palästina sehr, sehr wenig reiche Juden. Reich werden die Araber. Unzählige Hunderttausende von Pfund sind in ihren Händen geblieben. Es ist eine Kraft erwachsen, mit der eine uns sogar freundlich gesinnte Regierung (wenn es eine solche gäbe) zu rechnen gezwungen wäre. Ob sie im physischen Sinn schlecht oder gut ‚bewaffet' sind, weiß ich nicht, aber das Gerücht will wissen, daß es auch darum gut bestellt ist, viel besser als bei uns. Ihre ganze Jugend bereitet sich geistig auf ‚den Tag' vor, und wenn ‚der Tag' gottbehüte kommen sollte, werden sie alle einig sein. Wir aber werden auch an jenem Tag nicht einig sein. Es ist sehr schlimm, manchmal glaube ich, daß es hoffnunglos ist."

„Wem geben Sie die Schuld", fragte ich, „uns, der Partei, der ich angehöre, oder der anderen Partei?" „Ihr tragt beide schwere Sünden", sagte er, „aber die Schlimmsten sind die, die nicht zu euch und nicht zu den anderen gehören, vermitteln und verbinden könnten, aber statt dessen sich selbst an der Hetze beteiligen ..."

*

Wenn man des anderen Worte wiedergibt, so bedeutet das nicht, daß man mit jedem seiner Worte einverstanden ist. Ich z. B. glaube nicht, daß „beide Parteien" Schuld tragen. Ich glaube nicht, daß die Araber so stark geworden sind und könnte das beweisen, aber über unsere innere Zerrissenheit und die Gefahr, die diese in sich birgt, kann es keine Meinungsverschiedenheit geben.

Diese Erscheinung ist zwar in unserer Geschichte nicht vereinzelt. Es war in alter Zeit so, und auch das vorletzte Jahrhundert durchlebte die grausame Spaltung zwischen Chassidim und Missnagdim, wo die eine Partei sich freute, wenn Anhänger der anderen zu Spießrutenlaufen oder zu noch Schlimmerem verurteilt wurden. Es ist auch wahr, daß nicht nur wir uneinig und zerrissen sind; das ist heute in allen Ländern zu sehen. Aber diese anderen Völker haben bereits ihre Länder.

Politische Nachrichten

Palästinas Schandjustiz und Unterhaus

London. In der Unterhaussitzung vom 28. Juni kam es zu einem scharfen Wortwechsel zwischen dem Kolonienminister und dem Abgeordneten Wedgwood, der in Form einer Anfrage der Ansicht Ausdruck gegeben hatte,

die palästinensische Justiz wende gegenüber Arabern und Juden nicht gleiches Recht an.

Wedgwood hatte den Kolonienminister gefragt, ob gegen die Verurteilung des Arabers Dschemal Husseini zu einem Monat Gefängnis wegen Anstiftung zu Unruhen eine Berufung eingelegt worden sei, wann, falls dies geschehen sei, die Berufungsverhandlung stattfinde und ob der Verurteilte in der Zwischenzeit gegen Kaution freigelassen worden sei.

Kolonienminister Sir Philip Cunliffe-Lister antwortete, Dschemal Husseini sei zu einem Monat Zwangsarbeit verurteilt worden. Der Mann habe Berufung eingelegt. Der Minister sei unterrichtet, daß der Fall am 5. Juli verhandelt werden würde.

Abg. Wedgwood fragte weiter, ob dies ein Beispiel englischer Justiz in Palästina sei.

Sir Philip Cunliffe-Lister: „Es wäre für mich höchst unangebracht, das Vorgehen der Justiz in dem einen oder anderen Fall zu kommentieren."

Wedgwood: „Können Sie sagen, daß jetzt in Palästina Arabern und Juden gegenüber das Recht in gleicher Weise angewandt wird?"

Der Kolonienminister: „Jawohl, mein Herr. es ist nicht Ihre Sache, eine Insimulation (hört, hört!) gegen die Justizverwaltung in Palästina vorzubringen, die die englischen Grundsätze von Recht in jeder Hinsicht befolgt" (hört, hört!).

Wedgwood: „Und Ihre Sache ist es nicht, mich darüber zu belehren, wie ich englische Interessen wahrzunehmen habe" (zustimmende Rufe).

Sie machen Politik: eine Sitzung und noch eine Sitzung.

London. Die von der Jerusalemer Tagung des Zionistischen Aktions-Comitees im März d. J. eingesetzte Kommission zum Studium der politischen Fragen des Zionismus trat in London unter dem Vorsitz von Prof. Selig Brodetsky, politischem Dezernenten der Zionistischen Exekutive, zu einer Beratung zusammen. Nach Erörterung einer Reihe aktueller politischer Probleme wurde beschlossen, in diesem Jahre eine weitere Tagung abzuhalten. Der Beratung wohnten bei: Dr. Chaim Weizmann, Kurt Blumenfeld, Dr. Nahum Goldmann, M. Jarblum, Dr. J. Machower, Dr. J. Schwarzbart, Sir Osmond d'Avigdor Goldsmid und Neville Laski.

Das Brandmal der Britenschande.

Jerusalem. Die arabische Zeitung „Falastin" teilt aus Beirut mit, daß die Grenzwache des Libanon 12 Juden, die die Grenze nach Palästina passieren wollten, verhaftet hat. Auch in Asa wurden 5 Juden, die ohne Visa nach Palästina kamen, verhaftet. Zum Schluß teilt die Zeitung mit, daß eine weitere Gruppe von 28 Juden an der Libanon-Grenze, beim Versuch, die Grenze nach Palästina zu überschreiten, gestellt wurde.

Die Verteilung der Palästina-Anleihe.

Jerusalem. Der High Commissioner Sir Arthur Wauchope hat soeben bekanntgegeben, daß von der Zwei-Millionen-Pfund-Anleihe der Palästinaregierung 40.000 Pfund für die Errichtung einer arabischen Handelsschule in Haifa, deren Erhaltung einzig und allein dem Regierungsbudget zu Lasten fallen wird, verwendet werden würden. — Ferner gibt der High Commissioner bekannt, daß weitere 20.000 Pfund aus dem Ertrag der Anleihe für jüdische technische Schulen ausgegeben werden würden; diese Summe wird aber den betreffenden jüdischen Institutionen nur als Darlehen gegeben werden.

Politische Konferenz in Genf.

Paris. Die Exekutive des Comité des Délégations Juives hat soeben in Paris eine Beratung abgehalten, in der beschlossen wurde, für die Zeit vom 6. bis 9. August 1934 eine Konferenz von Vertretern der führenden jüdischen Organisationen und Gruppierungen der verschiedenen Länder nach Genf einzuberufen.

Die Tagesordnung für diese Konferenz wurde wie folgt festgesetzt: 1. Erstattung von Berichten über die Lage der Juden in den Ländern Europas und in Uebersee. In Sonderreferaten wird die Lage der Juden in Deutschland und in allen jenen Ländern, in denen sich in letzter Zeit die jüdische Situation besonders verschlechtert hat, dargestellt werden. 2. Erstattung erschöpfender Berichte über die wirtschaftliche Situation der jüdischen Massen in Osteuropa und Formulierung von Vorschlägen über die zu ergreifenden konstruktiven Hilfsmaßnahmen. 3. Stellungnahme zu dem seitens der polnischen Regierung für die kommende Session des Völkerbundes angekündigten Vorschlag betreffend die sogenannte Generalisierung des Minderheitsrechtes.

Polen will, daß ein Schutz der Rechte der nationalen Minderheiten statuiert werde, der ausnahmslos alle Länder in gleichem Maße verpflichtet.

Zweifellos wird dieser polnische Vorschlag eine große Debatte über die Minderheitenrechte im allgemeinen und über die Judenfrage im besonderen in der im September 1934 in Genf stattfindenden Plenarsitzung des Völkerbundes auslösen.

Deren Ausgang kann von sehr ernsten Resultaten mit Bezug auf die Rechte der jüdischen Minderheiten in den Ländern Ost- und Mitteleuropas sein. Die Genfer jüdische Konferenz im ersten Drittel des August wird die Aufgabe haben, sich mit dem polnischen Vorschlag ernst zu befassen und die Stellung der jüdischen Welt zu diesem ganzen Problem zu umreißen.

Ende April Ueberschuß der Palästinaregierung: £ 2,862.386.

Jerusalem. Wie offiziell bekanntgegeben wird, betrug der Budgetüberschuß der Palästinaregierung am 30. April 1934: 2,862.386 Pfund. Im März 1934 betrugen die Eingänge £ 454.272, die Ausgaben £ 402.072, der Ueberschuß stellte sich also auf £ 52.200. Vom 1. April 1933 bis 31. März 1934 ergab sich ein Budgetüberschuß von £ 1,280.636. Das Steuer-Department hatte im erwähnten Jahre eine Einnahme von £ 1,868.598, an Lizenzgebühren gingen £ 857.180 ein. Die Gesamteinkünfte betrugen £ 3,985.492, die Gesamtausgaben £ 2,704.855.

Griechischer Zionistenführer Konsul Griechenlands in Palästina.

Athen. Die griechische Regierung hat beschlossen, den nach Palästina übersiedelnden bisherigen Vorsitzenden der Zionistischen Föderation Griechenlands und ehemaligen Senator Dr. Ascher Mallah zum Konsul Griechenlands in Palästina zu ernennen.

Dr. Wolfgang von Weisl mußte seine Palästinareise um einige Tage verschieben, da er sich am 5. Juli einer Operation unterzog. Die Operation ist vom bekannten Facharzt und Assistenten der Ersten chirurgischen Abteilung des Wiener Allgemeinen Krankenhauses Dr. Dorian Eisenklam vorgenommen worden.

Das wahre Antlitz des linken Zionismus

Die palästinensische Arbeiter-Organisation „Histadruth" protestiert in einem plakatierten Aufruf gegen die Oberrabbiner Kook und Jacob Meïr, sowie gegen die 110 jüdischen Führer Palästinas, die in einer Erklärung Stavskys Unschuld als feste Tatsache hinstellten. In dem Aufruf der Histadruth wird erklärt, der Appell wurde nicht erlassen, um Stavsky zu retten, sondern um die Wahrheit über Mord und Mörder zu verwischen. Unbekannte Personen brachten Inschriften an den Mauern Jerusalems an: „Wehe dem Volke, dessen Priester Mörder schützen!"

Eine mächtige Flut von Hetze und Verleumdung ergießt sich wiederum aus dem üppigen Blättersumpf des sozialdemokratischen Zionismus. Diesmal geht es gegen das religiöse Oberhaupt des palästinensischen Judentums, gegen den ehrwürdigen Oberrabbiner Kook. Was haben Kook und die 110 jüdischen Persönlichkeiten, die sich ihm anschlossen, verbrochen? Sie haben es gewagt, in einem an die Judenheit erlassenen Aufruf ihrer Ueberzeugung von der Unschuld Abraham Stavskys Ausdruck zu verleihen. Ist das nicht Grund genug, den Oberrabbiner Kook bei den palästinensischen Regierungsbehörden als Staatsverbrecher zu denunzieren? Und sind die Linken vielleicht im Unrechte, wenn sie in der heiligen Stadt Jerusalem Plakate mit der Ueberschrift „Wehe einem Volke, dessen Priester Mörder schützen" anschlagen lassen? Selbst die mit der Linken verbundene Presse der Allgemeinen „A"-Zionisten ist über diesen neuesten Bubenstreich der blutrünstigen Sozialdemokratie wenn auch nicht entrüstet, so doch ein wenig erstaunt.

Schon der Umstand, daß einer der vier Richter des Gerichtshofes über Abraham Stavsky einen Freispruch fällte und dessen Begründung der Oeffentlichkeit unterbreitete, müßte jeden anständigen Menschen veranlassen, gegen dieses Todesurteil zu protestieren. Aber was schert sich darum die „Partei der Gerechtigkeit und der Gewissenhaftigkeit", wie der Volksmund die zionistische Sozialdemokratie in Palästina ironisch nennt. War doch Stavsky ein Betari, und das allein genügt der Linken, laut nach seinem Tode zu rufen.

Viele Gegner des Revisionismus und auch Antizionisten können es kaum fassen, daß eine zahlenmäßig so große Organisation die Vollstreckung des Todesurteiles an einem Verurteilten wünsche, obwohl für dessen Schuld ein nach europäischen Rechtsbegriffen nicht im entferntesten genügender Beweis erbracht wurde.

Aber wer die Meisterschule, die unsere Linken durchgemacht haben, kennt, den überrascht es nicht, daß in dieser Partei nationaler Verrat, Denunziantentum und habsüchtiges Bonzentum Hauptprinzipien politischen Handelns geworden sind.

Ueberschaut man den Entwicklungsgang dieser Partei, so muß man sich noch auf viel schlimmere Dinge gefaßt machen.

Das Maß ihrer Greuel ist noch lange nicht voll, und das allzugeduldige jüdische Volk wird noch vieles von ihr erleiden müssen, wenn es sich nicht recht bald entschließt, diese Partei in das Grab der Vergangenheit zu schleudern.

Nichts zeugt so sehr von der politischen Unreife der jüdischen Masse, als daß diese Partei der Lüge zu einer dominierenden Stellung im Zionismus gelangen konnte. Wie könnten sonst Menschen, die Sozialisten sein wollen, einer Partei, wie es die Sozialdemokratie ist, angehören? Steht es doch heute schon fest, daß gerade die sozialdemokratische Partei diejenige ist, welche den Sozialismus zum Zusammenbruch geführt hat, daß überall dort, wo sie regierte, die Arbeiterbewegung total vernichtet wurde.

Wissen denn ihre Mitläufer nicht, daß allein von den diversen deutschen sozialdemokratischen Regierungen mehr Sozialisten hingemordet wurden, als während aller faschistischen Gegenrevolutionen?

Hat nicht der sozialdemokratische Minister Noske die Sozialistenführer Liebknecht und Luxemburg zu Tode martern lassen; hat nicht die sozialdemokratische Regierung Preußens eine der stolzesten Errungenschaften der Arbeiterbewegung, die 1.-Mai-Feier, verbieten lassen? Als sich die Berliner Arbeiterschaft diesem Ukas widersetzte, scheute sich der sozialdemokratische Polizeipräsident Berlins nicht, unter den feiernden Arbeitern ein Blutbad anzurichten, 30 Sozialisten niederzumetzeln. Gegen die sozialistische Arbeiterschaft zeigten sie die starke Hand, als aber Papen die sozialdemokratische Regierung durch einen Hauptmann und drei Soldaten verhaften ließ, da legten sie — Rechtsverwahrung ein. Ja, noch vor etwa drei Jahren fand es das geistige Oberhaupt der Weltsozialdemokratie, Karl Kautsky, für richtig, einen Interventionskrieg der Mächte gegen Sowjetrußland zu propagieren.

Sind unsere Linken vielleicht anders gesinnt? Doch nicht! Sie wären ja sonst von diesen Leuten abgerückt. Aber sie sind von gleichem Schlag wie ihre deutschen Genossen, mit denen sie noch heute in der II. Internationale beisammen sitzen und von denen sie sich ihre Befehle holen. Freilich sind unsere Linken, früher ein unbedeutendes und als lästig empfundenes Grüppchen, heute, nach dem Weltbankrott der Sozialdemokratie, eine der bedeutendsten Organisationen dieser zur Bedeutungslosigkeit herabgesunkenen Bewegung.

Und, was das wichtigste ist, ihr Hauptgeldgeber.

Und diese arbeitermordende sozialdemokratische Führerclique hat die Frechheit, den revisionistischen Zionismus als antisoziales Element, die Revisionisten als Arbeitermöder hinzustellen.

Diese vielen Sozialisten, Arbeiter, Angestellten und Mittelständler müssen aus ihrer Trägheit aufgerüttelt werden, damit sie dieser, den Sozialismus wie den Zionismus gleichermaßen verhöhnenden Partei den Rücken kehren. Diesen verführten Menschen muß gezeigt werden,

wie die Sozialdemokratie, nachdem sie den Sozialismus zum Zusammenbruch gebracht hat, nunmehr darangeht, mit denselben Methoden den Zionismus zu vernichten.

Wir müssen ihnen vor Augen führen, daß es dem verbrecherischen Führerklingel einzig und allein um die fetten Pfründen zu tun ist, die ihm die zionistischen Fonds bieten.

Simon Meïr Perlmann

Misrachi und Revisionismus

Der Redakteur des Wiener misrachistischen Organs „Misrachi" übermittelt uns einen Aufsatz, dessen ersten Teil wir im nachstehenden zum Abdruck bringen. Die ebenso interessanten wie charakteristischen Darlegungen geben Aufschluß über die Einstellung eines großen Teiles der misrachistischen Bewegung zur politischen Konzeption des Revisionismus.

Der „Misrachi" steht unerschütterlich auf der Basis der dem jüdischen Volk geoffenbarten Thora, welche mit allen ihren Geboten und Verboten durch und durch national auf das jüdische Land Erez Israel gerichtet ist. Deshalb brauchen wir Misrachisten unseren Nationalismus, unser nationales Bekenntnis, unser Judenstaats-Heiligtum, das für uns religiöses Dogma ist, nicht erst von anderen Nationen zu entlehnen. Unser Nationalismus ergibt sich aus unserem simplen Thorabekenntnis! Dies ist auch die Grundlage unserer Liebe zu Palästina, zu unserer Sprache und zu allen Heiligtümern unseres Volkes.

Misrachismus ist also 100%iger Zionismus, ist unverfälschter Herzlscher Judenstaatszionismus, gleicherweise religiös wie national! Misrachisten sind Volljuden! Demgegenüber erscheint uns sowohl der Jude, der sich zu einem thoralosen Nationalismus bekennt als auch derjenige, welcher einem Konfessionalismus ohne nationales Bekenntnis huldigt, nur als halber Jude. Man stellt uns nun die verfängliche Frage, wie sich unser religiöses Volljudentum zur politischen Plattform und zur Partei der Zionisten-Revisionisten stelle?

Aus obiger Einleitung geht bereits hervor, daß wir Misrachisten von dem Standpunkt ausgehen, daß Erez Israel nur im Geiste unserer heiligen Thora aufgebaut werden kann. Wir stehen leider heute noch auf dieser ideologischen und selbstverständlich tief ins praktische Leben eingreifenden Grundlage ganz allein, wenn auch aus dem angeblich bürgerlichen zionistischen Lager ab und zu Stimmen laut werden, welche die Vollberechtigung des religiösen Judenstaatszionismus anerkennen. In der praktischen politischen Betätigung aber wird die religiöse Grundlage und Haltung gar nicht befolgt, mitunter sogar angefeindet.

Im Lager des Misrachi ist man sich dessen vollauf bewußt, daß man mit den Tatsachen rechnen muß und daß man von heute auf morgen den 100%igen Zionismus nicht auf der ganzen Linie zur Geltung bringen kann und daß man nicht so töricht sein darf, zu glauben, allein, aus eigenen Kräften, das Volljudentum zur Geltung bringen zu können. Der „Misrachi" muß daher an solche bereits bestehende zionistische Organisationen Anlehnung suchen, deren Programm weitestgehend dem seinen ähnlich ist und in deren Reihen man ernstes Verständnis, jedenfalls jedoch keine Ablehnung der thoratreuen Einstellung wahrnimmt. Keinesfalls können wir mit Assimilanten gehen! Die Assimilation ist der Feind, der größte Feind des Judentums und muß daher auch als Feind bekämpft werden. Wenn sich eine Assimilationsbewegung zionistisch maskiert, wie bei den marxistischen und auch einem großen Teil der bürgerlich getarnten Zionisten, ist sie umso gefährlicher. Von den Parteien der Mitte und von Links hört man die Losung: Sozialismus und „auch" Zionismus! Oberflächlich betrachtet, ist das eine Verschmelzung zweier Ideen, Tatsache ist, daß der Zionismus hier zu einem bloßen Attribut herabsinkt. Marx z. B. ist der Gott ... und Herzl ...? Der ist ‚auch' zu brauchen! Marx ist das Ideal! Und Herzl? Was schadet es denn, wenn der auch auf der Liste steht? Das unjüdische, areligiöse Wesen, der Klassenkampf nach der Bibel eines Marx ist zum zionistischen Ideal erhoben worden.

Bei dieser ganz einfachen Erörterung müssen wir zum Schluß gelangen, daß wir thoratreuen Zionisten, wir Misrachisten, nur mit den Revisionisten, mit den Verfechtern der reinen Judenstaatsidee gehen können, deren Programm und Tätigkeit unserer politischen, nationalen Einstellung in höchstem Maße nahe kommt und durch deren Mitarbeit wir Unterstützung und Respektierung unserer unerläßlichen religiösen Postulate erwarten dürfen. Die mit der gottlosen „Histadruth" offen oder unter einem Deckmantel liebäugelnden anderen Bürgerlichen werden bestimmt die Einwendung machen, daß man doch auch auf Seite der Revisionisten sehr oft verletzende Handlungen gegen das religiöse Gefühl des „Misrachi" wahrnehmen muß. Wir wissen aber, daß dies einerseits aus Unwissenheit und nicht aus prinzipieller Einstellung der Fall ist und andererseits wollen und können wir hoffen, daß wir von dieser Seite niemals eine planmäßige, Aergernis erregende Betätigung, sondern im Gegenteil Anstand, Takt und Rücksichtnahme erfahren werden, und daß ehrliche Judenstaatszionisten auf gelegentliche Warnungen und Proteste unserer Führer mit absolutem Respekt und mit dem ehrlichen Bestreben reagieren wer-

TULO NUSSENBLATT:

Theodor Herzl und die erste Friedenskonferenz im Haag

Nachstehende Arbeit stellt ein Kapitel aus dem interessanten Buch „Ein Volk unterwegs zum Frieden" (Theodor Herzl —Bertha von Suttner), erschienen im Reinhold-Verlag, dar.

(Fortsetzung.)

Von Bloch erfuhr dann Herzl auch, daß die Friedenskonferenz an einem gewissen Punkte zu scheitern drohte. Am 16. Juni lag nämlich die Erklärung des deutschen Delegierten Dr. Zorn vor: das Schiedsgericht sei gegen die Souveränität der Monarchen und die Unabhängigkeit der Nationen.

Herzl meinte auf diese Mitteilung hin zu Bloch: „Dann würden sich zwei Gruppen bilden: Etats de l'arbitrage und outlow-Staaten. Herzl erwog darauf, ob er diese Auffassung nicht als Schreckgespenst dem deutschen Kaiser zur Kenntnis bringen solle. Dem stimmte Bloch lebhaft zu. So kam es zur Absendung folgenden Briefes an den Großherzog von Baden, mit dem Theodor Herzl seit längerer Zeit als einem Freunde der zionistischen Sache in Beziehung stand.

Ew. Königliche Hoheit!

Der gute Mr. Hechler schrieb mir, daß Ew. Königliche Hoheit mich auf meiner Durchreise wieder gnädigst empfangen wollten, um meine Berichte über neuere Vorkommnisse in der zionistischen Bewegung entgegenzunehmen.

Leider erreichten mich Mr. Hechlers Mitteilungen nicht mehr in Nauheim, sondern erst hier. Ich bitte also um die Gunst, mich nach meiner Rückkehr aus London anfangs Juni in Baden-Baden vorstellen zu dürfen. Nach all der Güte, die ich von Ew. Königlichen Hoheit und Sr. Majestät erfahren haben, halte ich es für meine Pflicht, heute auch etwas ganz Aktuelles zu erwähnen. Ich hatte hier durch verschiedene Freunde Gelegenheit, allerlei zu erfahren. Die überwiegende Stimmung um die Friedenskonferenz herum ist deutschfeindlich. Die Erklärungen des deutschen Delegierten Zorn gegen das Schiedsgericht, die man als viel zu schroff ansieht, haben eine Idee gezeitigt, die ich Ew. Königlichen Hoheit signalisieren möchte, bevor sie in die öffentliche Diskussion geworfen wird. Es ist nämlich der Gedanke aufgetaucht, eine Einigung auf das Schiedsgerichtsprinzip eventuell auch ohne Deutschland und sonstige Widersprecher zu schaffen.

Man hätte dann „Etats de l'arbitrage", und andere: also eine Art völkerrechtliche outlaws. Die Gefahr für Deutschland wäre, daß sich auf einer idealen Grundlage der Gerechtigkeit, ohne Hervorhebung irgendeiner positiven Streitsache, ein Bund schlösse, vielleicht über die jetzigen Allianzen hinweg, und daß Deutschland plötzlich allein außerhalb stünde, wie Oesterreich seinerzeit beim Deutschen Bund. Und eben, weil keine positive Forderung oder Bestreitung vorliegt, hätte Deutschland keine rechte Handhabe dagegen.

Die Rechnung ist hoffentlich ohne den Wirt gemacht, und ich wäre glücklich, wenn ich zur rechtzeitigen Abwendung einer Gefahr für Deutschland eine bescheidene Nachricht liefern könnte.

Uebermorgen gehe ich von hier nach Paris. Nur wenn Ew. Königliche Hoheit oder Seine Majestät der Kaiser einen weiteren Bericht über das vorstehend Angedeutete wünschen sollten, würde ich noch einen Tag länger hierbleiben. In diesem Falle bitte ich um einen telegraphischen Befehl.

Ich gestatte mir auch noch meine Londoner Adresse anzugeben. Sie lautet vom 25. ds. ab: London, Hotel Cecil.

Genehmigen Ew. Königliche Hoheit die Ausdrücke meiner tiefsten Ehrfurcht und innigsten Dankbarkeit.

Dr. Theodor Herzl.

Scheveningen, am 16. Juni 1899.

Dieser Brief Theodor Herzls an den Großherzog von Baden, den er im vollen Bewußtsein seiner Verantwortung schrieb, bedeutet eine nicht unwichtige Intervention in einer Etappe der Friedenskonferenz. Das ersieht man insbesondere aus den Memoiren, die die Baronin Bertha v. Suttner auf Grund ihrer Tagebuchaufzeichnungen zehn Jahre später veröffentlichte. Bertha von Suttner berichtet: „Am 11. Juni zirkulierte im Haag ein alarmierendes Gerücht. In der Schiedsgerichtsdebatte soll man zu einem toten Punkt gelangt sein infolge entschiedenen Widerspruches einer Großmacht. Die Verhandlungen über das Schiedsgericht kamen nicht vorwärts, und am 13. Juni meldeten sogar einige Pressestimmen, die Verhandlungen wären gescheitert." Am 15. Juni beim Empfang bei d'Estournelles kam Andrew White, Präsident der Friedensdelegation der Vereinigten Staaten, nach einem Gespräch mit dem Grafen Münster, dem Präsidenten der deutschen Delegation, auf Bertha v. Suttner zu mit den Worten: „Wenn Sie, Frau Baronin, irgendwelche Beziehungen zu einflußreichen Personen haben, machen Sie sie jetzt geltend. Von jeder Seite muß hingewirkt werden, die Schwierigkeiten wegzuräumen, die sich zeigen... Unsere Konferenz ist in der wichtigsten Frage — in der Schiedsgerichtsfrage — an einem Wendepunkt angelangt; das ist's, was ich eben mit dem Grafen Münster besprach."

„Alles, was ich darauf versprechen konnte", berichtet Bertha v. Suttner weiter, „war, einen meiner im Haag anwesenden

den, was wir von den anderen Parteien, von der „Mitte", von den offenkundig areligiösen „Linken" nicht behaupten könnten. Dies ist unser Standpunkt, wenn wir uns einmal auf ein Zusammengehen mit den Revisionisten als ideologisch selbstverständlich festgelegt haben.

Jabotinsky sagte auch in Warschau: „Wir können zwar das Leben des Einzelnen nicht kontrollieren, aber als Ganzes steht der Revisionismus auf dem Boden der jüdischen Religion und Tradition."

Haben wir eine ähnliche Erklärung schon einmal von einem Führer der Linken gehört oder von einem ihrer Satelliten?

Malkiel Grünwald.

Die Revisionisten protestieren gegen die Verlängerung des Palästina-Transferabkommens mit der Hitler-Regierung.

Paris. Die Zentrale für Wirtschaftsschutz (Boykott-Department) beim Exekutivkomitee der Revisionistischen Weltunion hat an das vorbereitende Komitee des Jüdischen Weltkongresses ein Schreiben gerichtet, in dem auf das von der Berliner „Jüdischen Rundschau" veröffentlichte Communiqué über Verlängerung des Palästina-Transferabkommens mit der Regierung des Dritten Reiches unter Protest hingewiesen wird.

Diesem Communiqué ist zu entnehmen — so heißt es in dem Schreiben der Revisionistischen Exekutive —, daß die deutsche Regierung den NIR, das finanzielle und kolonisatorische Organ der Histadruth in Palästina, ermächtigt hat, eine Anleihe unter den deutschen Juden zu folgenden Bedingungen durchzuführen: alle einlangenden Gelder werden bei der Reichsbank deponiert und dienen dazu, deutsche Waren, die NIR nach Palästina importiert, zu kaufen. Die palästinensische Arbeiterbank garantiert Zinszahlung in den ersten fünf Jahren. Die Subskribenten der Anleihe erhalten statt Aktien des NIR Anteile des Jüdischen Nationalfonds, die durch den gesamten Bodenbesitz des Fonds garantiert werden.

Da die zweite Weltkonferenz, die im September 1933 in Genf tagte, einmütig die Judenheit aufgefordert hat, Hitler-Deutschland moralisch und wirtschaftlich zu boykottieren, geben wir — heißt es in dem Brief der Revisionisten — der Ueberzeugung Ausdruck, daß die von dieser Weltkonferenz gebildete Exekutive an dieser Tatsache nicht gleichgültig vorübergehen wird. Sollte die Exekutive der zweiten Weltkonferenz nicht gegen die erwähnte Transaktion protestieren, so werde sich der Freunde des Jüdischen Weltkongresses tiefe Enttäuschung bemächtigen, und die Frage, einer weiteren Zusammenarbeit am kommenden Weltkongreß werde aufs neue gestellt werden müssen.

Die Exekutive zur Vorbereitung des Jüdischen Weltkongresses hat in einer von Dr. Nahum Goldmann unterzeichneten Antwort erklärt, daß diese Frage nicht vor August d. J. wird behandelt werden können.

Die revisionistische Zentrale für Wirtschaftsschutz erwiderte, daß die Angelegenheit höchst dringlich sei und keineswegs bis August verschoben werden könne. Werde die notwendige Aktion nicht ergriffen, so werden die Revisionisten dies so verstehen, daß die Angelegenheit so lange hinausgezogen werden soll, bis es dem Komitee des Jüdischen Weltkongresses nicht mehr möglich sein wird, reale Schritte zu ergreifen.



Keren Tel-Hai

Sammelt und spendet für den Krankenschutz der nationalen Arbeiter durch den KEREN TEL HAI!

Spendenausweis
für die Zeit vom 27. Juni bis 3. Juli 1934.

Betar Neunkirchen S 5.—, Betar Ken Linz 9.40, Betar Ken Linz 9.54. Spende M. A. Tenenblatt 5.—. Nachtrag-Sammelbogen 1.50, 1.—, Paul Ellbogen 3.50, Massada 2.—. **Keren Tel Hai-Taschen:** Gedud Massada: Erich Goldschläger 2.64, 7 Beträge unter 2.- 4.43, Gedud Menorah: 18 Beträge unter 2.- 8.57, 26 Beträge unter 2.- 18.—, Lily Kornmehl 2.—, Frieda Barer 2.60, Alfred Wegler 2.23, Rachmil 10.80, Strisower 3.—, zusammen S 91.21, bisher ausgewiesen S 760.23, Gesamtsumme S **851.44.**

Revisionisten proklamieren Herzls Todestag als Feiertag der Arbeit.

Jerusalem. Die von den revisionistisch gesinnten Arbeitern Palästinas mit Einschluß eines Teiles der yeminitischen und der religiösen Arbeiterschaft geschaffene Nationale Arbeiter-Allianz Palästinas hat den 20. Tamus, den Todestag Theodor Herzls, als jüdischen Arbeiter-Feiertag proklamiert. Es soll hier ein Gegensatz zu dem Arbeiterverband Histadruth Haowdim herausgearbeitet werden, der zusammen mit der Arbeiter-Internationale den 1. Mai feiert.

Bau eines Groß-Senders in Jerusalem.

Jerusalem. Die Palästinaregierung hat Pläne zur Errichtung einer großen Radio-Sendestation in Jerusalem ausgearbeitet. Die Reichweite des Senders soll sich über alle Länder erstrecken. Es wird berichtet, daß die nötigen Apparaturen bereits in England bestellt wurden.

Die drei Brüder Zondek in Palästina.

Jerusalem. Der berühmte Gynäkologe und frühere Professor an der Universität Berlin Dr. Bernhard Zondek hat die Stellung eines Leiters der Hadassah-Frauenklinik in Jerusalem angenommen. Die Palästinaregierung hat an Prof. Zondek ein Zertifikat zur Einreise nach Palästina abgesandt. Gleichzeitig wurde seinen beiden Brüdern, den hervorragenden Internisten Hermann und Samuel Georg Zondek, die sich in Palästina niederzulassen gedenken, die Einwanderungserlaubnis erteilt.

Malaria in Wadi Hawarith.

Jerusalem. Aus Wadi Hawarith wird gemeldet, daß in den sumpfigen Gegenden dieses Gebietes mehrere neue Siedler in letzter Zeit an Malaria erkrankt sind. Gegen die Regierung wird die Beschuldigung erhoben, daß sie trotz rechtzeitiger Warnung nicht die nötigen Maßnahmen getroffen hat, um eine Ausbreitung der Krankheit zu verhüten.

Palästina-Wirtschaft

Gaza erhält das Recht zur Selbstversorgung mit Elektrizität. Die Regierung hat den Antrag der Stadtverwaltung Gaza, sich selbst mit Elektrizität versorgen zu dürfen, genehmigt und die Installierung eines 65-P.S.-Motors gestattet, der tagsüber für Wasserversorgung und nachts für elektrische Beleuchtung dienen soll. Damit ist ein Präzedenzfall geschaffen, denn Gaza ist die erste Stadt, die außer Jerusalem, dessen Elektrizitätsversorgung in den Händen einer englischen Gesellschaft liegt, das Recht zur Selbstversorgung mit Elektrizität außerhalb der Ruthenberg-Konzession erhält.

Errichtung einer Schraubenfabrik bei Ramat-Gan. Zwischen Ramat-Gan und Shechunat Montefiore wird von zwei deutschen Juden, den Herren Lurje und Dr. Rosenfeld, eine Schraubenfabrik unter der Firmenbezeichnung „Boreg" errichtet. Die erforderlichen Maschinen sind zum größten Teil bereits eingetroffen, mit der Fabrikation soll in einigen Wochen begonnen werden.

Die Entwicklung Rischon-le-Zions. Die Einwohnerzahl der Kolonie, die sich 1932 auf 2500 belief, ist im Laufe der beiden letzten Jahre auf rund 4000 gestiegen. Das städtische Budget stieg von £ 3000 auf £ 6000. Die Pardessfläche ist von 5500 auf 10.000 Dunam erweitert, die Anzahl der Brunnen stieg von 60 auf 120. Die lebhafte Bautätigkeit hat die Entwicklung einer Baumaterialienindustrie (Fliesen, Ziegelsteine) mit einer Reihe von Betrieben mit sich gebracht, es wurden auch 3 Röhrenfabriken für künstliche Bewässerungszwecke gegründet. Eine Reihe anderer Industriebetriebe haben sich in Rischon-le-Zion niedergelassen (u. a. die neue Glasfabrik) und geben der Kolonie eine industrielle Wirtschaftsbasis, die bereits jetzt von erheblicher Bedeutung ist. Die Umsätze der Kreditinstitute sind dem Aufschwung aller Wirtschaftszweige entsprechend außerordentlich in die Höhe gegangen und haben sich innerhalb der beiden letzten Jahre verdoppelt bis vervielfacht.

Die Bauinvestitionen des Jahres 1933. Nach einer amtlichen Schätzung, die sich auf die gesamte Bautätigkeit in Palästina erstreckt und auf Erhebungen in den 20 wichtigsten Orten des Landes, darunter den 4 großen Städten, beruht, sind im Jahre 1933 rd. £ 5,600.000 im Bauwesen investiert worden. In den Jahren 1930—1932 wurden jährlich etwa £ 2½—3 Millionen investiert, sodaß sich die Investitionen 1933 gegenüber den 3 vorhergehenden Jahren ungefähr verdoppelt haben. Wenn die Mieten trotz dieser starken Bautätigkeit um 20—40% gestiegen sind, so beweist das, daß die Bautätigkeit sich durchaus im Rahmen der sehr starken Nachfrage nach Wohnungen und gewerblichen Räumen hielt.

Syndikatsbestrebungen der palästinensischen Industrie. Die Verhandlungen über ein palästinensisches Oelsyndikat sind zum Abschluß gebracht und haben zur Gründung eines Syndikates geführt, dem die Firmen „Keren", „Beth Habad" und die Fabrik Spivak angehören. Die Firma „Jishar" (Nachlat Ganim) hat sich nicht am Syndikat beteiligt. Das Syndikat will die Preise festsetzen und ein gemeinsames Warenlager der angeschlossenen Firmen einrichten.

Seit einiger Zeit schweben auch zwischen den Trikotagenfabriken Verhandlungen über eine gemeinsame Preispolitik, die positiv verlaufen und, wie erwartet wird, in Kürze zum Abschluß gebracht werden dürften.

In Haifa ein neues Elektrizitätswerk? Die Palestine Electric Corporation plant, in Haifa ein neues großes Elektrizitätswerk zu errichten, das mit Dieselmotoren arbeitet. Mit der I.P.C. soll ein Vertrag abgeschlossen sein, nach dem die I.P.C. das Brennöl zu günstigen Bedingungen im Austauschwege liefert. Die Reise des Herrn Ruthenberg nach England dürfte mit diesem Projekt im Zusammenhang stehen.

Palästina macht sich vom Bedürfnis nach deutschen Medikamenten frei.

Jerusalem. Der Verband jüdischer Aerzte in Palästina hat den restlosen Boykott deutscher medizinischer Produkte proklamiert. Dieser Entschluß fiel dem Verband umso leichter, als palästinensische Fabriken gegenwärtig medizinische Präparate produzieren, die denen in Deutschland vollkommen gleichwertig, wenn nicht gar überlegen, jedenfalls erheblich billiger als die deutschen Erzeugnisse sind. Das palästinensische „Aspizurin" ist dazu angetan, das deutsche Monopolerzeugnis „Aspirin" vollkommen zu verdrängen. Das hebräische medizinische Journal „Harephua", herausgegeben vom Verband jüdischer Aerzte Palästinas, bringt eine erschöpfende Liste von in Palästina und in anderen Ländern erzeugten Medikamenten, die die deutschen Medikamente auch vom strengsten ärztlichen Standpunkt restlos überflüssig machen.

In Tel-Aviv wurde soeben eine Fabrik für pharmazeutische Artikel eröffnet, die von zwei in Deutschland geschulten Fachleuten geleitet wird und Medikamente herstellt, die früher nur in Deutschland produziert werden konnten.

Das Werkzeug zur Tat DIE TEL HAI-TASCHE!

Freunde, der beim Onkel des deutschen Kaisers, dem Großherzog von Baden, sehr gut angeschrieben ist, aufzufordern, sich in der schwebenden Angelegenheit an den Fürsten zu wenden." Dieser Freund war Theodor Herzl, den sie in den Memoiren noch nicht mit Namen nennen mochte.

Am 18. Juni, also nur wenige Tage danach, teilte Bloch voller Befriedigung Herzl mit, daß der betreffende deutsche Delegierte, Dr. Zorn, bereits nach Berlin abberufen worden sei. Bloch führte diese Abberufung auf Herzls Intervention zurück und trachtete Herzl, indem er auf die weltgeschichtliche Bedeutung dieser Tage hinwies, zu veranlassen, noch weiterhin im Haag zu bleiben. Zugleich forderte Herzl auf, die Vorgeschichte seiner Intervention und einen Auszug seines Briefes an den Großherzog für den Zaren in Kürze aufzuschreiben. Diese Darstellung, die Bloch dem russischen Botschafter de Staal übergab und die dieser an den Zaren nach Petersburg telegraphierte, hatte folgenden Wortlaut:

„Der Wiener Schriftsteller Dr. Theodor Herzl, der sich in den letzten Jahren insbesondere als Leiter der zionistischen Bewegung bekannt gemacht hat und mit dem ich hier verkehrte, hat, als ich ihm von den deutscherseits erhobenen Schwierigkeiten sprach, der guten Sache zuliebe vorgestern einen Brief an den Großherzog von Baden geschrieben und mir den ungefähren Inhalt angegeben.

Da Dr. Herzl sich seit Jahren des Vertrauens des Großherzogs von Baden erfreut und auch vom deutschen Kaiser wiederholt vertrauensvoll empfangen wurde, dürften seine zur sofortigen Weitergabe an den deutschen Kaiser bestimmten Zeilen nicht ohne Wirkung geblieben sein.

Dr. Herzl schrieb etwa folgendes: Er habe die Meinung, daß die überwiegende Stimmung um die Friedenskonferenz herum nicht gerade deutschfreundlich sei. Die Erklärungen Zorns gegen das Schiedsgericht seien als viel zu schroff angesehen worden. Der Gedanke wäre aufgetaucht, eine Einigung auf das Schiedsgerichtsprinzip eventuell auch ohne Deutschland und sonstige Widersprecher zu schaffen. Man hätte dann Etats de l'arbitrage und andere. Die Gefahr für Deutschland wäre, daß sich auf einer idealen Grundlage der Gerechtigkeit, ohne Hervorhebung irgendeiner positiven Streitsache ein Bund schlösse, vielleicht über die jetzigen Allianzen hinweg, und daß Deutschland plötzlich allein außerhalb stünde, wie Oesterreich ehemals beim Deutschen Bund. Und eben, weil keine positive Forderung oder Bestreitung vorliegt, hätte Deutschland keine rechte Handhabe dagegen.

Dr. Herzl hat mir diese Mitteilung über seinen Brief im tiefsten Vertrauen gemacht."

Soweit das Telegramm an den Zaren. Herzl folgte den Aufforderungen Blochs nicht. Er verließ den Haag, doch erbot er sich, wenn es nötig würde, bei seiner zwischen dem 2. und 4. Juli stattfindenden Audienz bei dem Großherzog vorzubringen, was etwa in Betracht kam.

Herzls Intervention im Haag war jedenfalls für den weiteren Verlauf der Friedenskonferenz wichtig. In einem späteren Briefe an Bertha von Suttner berührt Herzl seine Bemühungen im Haag in bescheidenen Ausdrücken, da entgegnet sie wörtlich: „Von Ihrer Intervention beim Onkel habe ich seinerzeit gehört. Das rettete damals wirklich die Situation." Im Briefwechsel zwischen Herzl und Suttner, auch in den Tagebüchern, bedeutet „Onkel" Großherzog von Baden, „Neffe" Kaiser Wilhelm II.

Die beiden Briefe folgen hier:

Neue Freie Presse 12. XII. 99.
Redaction:
Wien
Kolowratring, Fichtegasse Nr. 11.

Hochverehrte Frau Baronin,
mit der Wiederholung einer großen Bitte komme ich zu Ihnen. Es handelt sich um die Intervention zu Gunsten des Zionismus beim Grafen Murawiew. Seit Sie so gütig waren, dies zu thun, ist es mir gelungen, den Czaren direct günstig für den Zionismus zu stimmen. Einer meiner hohen Helfer hat ihm in den letzten Tagen ein Exposé, das ich in französischer Sprache verfaßt, zugeschickt, nachdem der Czar sich schon im Allgemeinen günstig über die Sache mündlich ausgesprochen. Es handelt sich nun darum, Murawiew ebenso zu disponieren. Ich bitte Sie daher, ihm so bald als möglich zu schreiben, ihm zu sagen, daß der Czar bereits wohlwollend über den Zionismus geurtheilt hat, u. a. daß ein näheres Eingehen jetzt offenbar nur von ihm (Murawiew) abhängt. Sie wissen, daß wir eine gute hohe Sache verfolgen, sonst wären Sie ihr nicht so freundlich zugethan. Wenn Sie noch die Aeußerung Bourgeois' im Haag hinzufügen, wird das auf Murawiew den besten Eindruck machen. Ich habe ja auch im Haag an Ihrer Friedenssache ein bißchen mitzuhelfen versucht u. Bloch dürfte meine Bemühung signalisiert haben.

Zweitens bitte ich ma grande amie, dem hiesigen Botschafter Kapnist ein Wort über mich zu schreiben: daß wenn eine Anfrage über mich u. meine Empfangbarkeit in Audienz an ihn kommen sollte, er eine gute Auskunft geben könne. Ich könnte mich mit Kapnist auch durch die Neue Freie Presse via Auswärtiges Amt in Verbindung setzen lassen, ziehe es aber aus einigen Gründen vor, Sie um diese Gefälligkeit zu bitten.

(Fortsetzung folgt.)

Jüdische Welt

Gefahr für das jüdische Schulwerk in Polen abgewendet.

Warschau. Nach Besprechungen der jüdischen Abgeordneten mit Vertretern der Regierung betreffend das jüdische Schulwesen, insbesondere die religiösen Schulen, empfing der Unterrichtsminister die Abgeordneten Rabbi Lewin, Minzberg und Wyszlicki und teilte ihnen mit, daß die Neuregelung des Privatschulwesens, die eine Ueberprüfung der Privatschul-Lizenzen und den Widerruf einer großen Zahl der bestehenden Konzessionen vorsieht und allgemein als eine schwere Gefährdung des jüdischen Schulwesens beurteilt wurde, um ein Jahr, bis zum Juni 1935, hinausgeschoben werden soll. Der Minister versprach, dem jüdischen Erziehungswesen in der Zwischenzeit wohlwollende Aufmerksamkeit zu schenken.

Revisionisten in Warschau von der Anklage illegaler Tätigkeit freigesprochen.

Warschau. Vor einigen Wochen hat die Polizei, wie mitgeteilt, im Lokal der Zionisten-Revisionisten eine Haussuchung vorgenommen und die Mitglieder des revisionistischen Zentralkomitees Dr. Wdowinski, Remba und Solowejczik wegen Besitzes geheimer Gewehrlager zur Verantwortung gezogen.

Das Polizeigericht hat nun die angeklagten Revisionisten von dem Vorwurf illegaler Tätigkeit und der Unterhaltung eines geheimen Gewehrlagers freigesprochen und dem revisionistischen Büro das „Gewehrlager" zurückgestellt.

Es stellte sich nämlich heraus, daß die vorgefundene „Bombe" nichts weiter war als eine als Briefbeschwerer benutzte Granathülse, das konfiszierte Schwert war nichts als ein altes Geschenkstück, die gefundenen „Messer" waren nur die üblichen Gebrauchsmesser für die Scouts. Der als Zeuge geladene Hauptmann Eisenstadt, Kommandant des Brith Hechajal, erklärte, das gefundene alte Schwert habe er einst als Geschenk erhalten, nur durch Zufall habe es sich im revisionistischen Lokal vorgefunden.

Die polnische antisemitische Presse hatte nach der Revision und dem mißverständlichen Polizeibericht in großer Aufmachung gemeldet, daß man einer revisionistischen Verschwörung auf die Spur gekommen sei und bei der Haussuchung ein großes Gewehrlager mit Bomben, Schwertern und Stiletten vorgefunden habe.

Neues Präsidium der Prager israelitischen Kultusgemeinde.

Prag. In der Prager israelitischen Kultusgemeinde wurde, da auf Grund eines Kompromisses der drei großen Parteien in der Kultusgemeinde Neuwahlen in die Repräsentanz entfallen sind, die Wahl eines neuen Präsidiums vorgenommen. Zum Präsidenten wurde mit 21 von 24 Stimmen (drei leere Stimmzettel) der Prager Advokat Dr. Maximilian Reiner, Führer des Verbandes tschechischer Juden, gewählt, zum ersten Stellvertreter der bisherige Präsident Doktor Gottlieb Stein und zum zweiten Vizepräsidenten das Mitglied der zionistischen Fraktion Dr. Richard Wertheimer.

Italienische Faschisten enthüllen ein Denkmal für jüdischen Studenten.

Rom. In Settignano bei Florenz wurde im Beisein der Führer der faschistischen Partei ein Denkmal für den jüdischen Studenten Gino Bolaffi, der 1920 im Kampfe für den Faschismus gefallen ist, enthüllt. Die jüdische Gemeinde war durch Mitglieder des Vorstandes und den Kantor, die alle das Faschistenhemd trugen, vertreten.

Ehrung für den verstorbenen Dichter Franz Kafka.

New York. Die New Yorker Monatsschrift „The Literary World" widmet ihr Juli-Heft dem Gedächtnis des vor zehn Jahren verstorbenen Prager Dichters Franz Kafka, dessen Dichtung jüdische Wesenselemente markant widerspiegelt. Kafkas Bedeutung wird von Waldo Frank, Michael J. Bernstein, Denis Saurat, Thomas Mann und Max Brod gewürdigt. In der Uebersetzung von William A. Drake wird Kafkas „Bericht für eine Akademie" dargeboten. Denis Saurat schreibt: „Dieser Prager Jude ist der größte deutsche Schriftsteller seit Nietzsche, der einzige Schriftsteller unserer Zeit, der neben Proust stehen kann."

Gefahr für die Existenz von 50.000 jüdischen Handwerkern in Polen.

Warschau. Im Hause der Bne Briss-Loge wurde darüber beraten, wie man die aus dem neuen Industriegesetz der Existenz von etwa 50.000 jüdischen Handwerkern drohende Gefahr abwenden könne. Laut dem neuen Gesetz kann nur der ein Handwerk ausüben, der im Besitz einer Handwerker-Lizenz ist. **Leider haben nicht weniger als etwa 50.000 jüdische Handwerker in ganz Polen entweder durch mangelnde Voraussetzung oder infolge Nachlässigkeit sich solche Lizenzen nicht zu verschaffen gewußt.** Nun werden gegen diese Handwerker die schärfsten Repressionen **seitens der Behörden** angewendet, damit sie ihr Handwerk **niederlegen. Allein in Lublin wurden 3544** Handwerkern im Verlauf eines Jahres empfindliche Strafen auferlegt und 622 Werkstätten **wurden geschlossen. Die Lodzer** Handwerkerkammer hat 2730 Protokolle in einem Jahr gegen illegale Werkstätten angelegt. Die betroffenen Handwerker verbergen sich in Keller- und Dachverließen, um arbeiten zu können. Es droht die Gefahr, daß der jüdischen Jugend der Weg zum Handwerk überhaupt versperrt wird, da nur Mitglieder der Handwerker-Zechen Lehrlinge aufnehmen dürfen; in diesen Zechen gibt es aber nur wenige jüdische Meister. Es hat sich ein Komitee zur Wahrnehmung der Interessen des jüdischen Handwerks gebildet, dem Vertreter von American Joint Distribution Committee, JCA, ORT, Verband der jüdischen Produktionsgenossenschaften, jüdischer Handwerkerverband u. v. a. angehören. Das Komitee wird mit Hilfe aller jüdischen Faktoren auf die maßgebenden Regierungsstellen in dem Sinne einzuwirken versuchen, daß den jüdischen Handwerkern in weitestgehendem Maße Gelegenheit geboten wird, sich Handwerker-Lizenzen zu erwerben, und daß der jüdischen Jugend der Zutritt zum Handwerk erleichtert wird.

Marie Curie gestorben.

Paris. Frau Marie Curie, die gemeinsam mit ihrem Gatten Pierre im Jahre 1898 die radiumaktiven Elemente Radium und Polonium entdeckt hat, ist am 4. Juli, 4 Uhr früh im Alter von 67 Jahren in Valence gestorben. Zusammen mit ihrem Gatten wurde ihr 1903 der Nobelpreis für Chemie zugesprochen. Nach dem Tode Pierre Curies wurde Marie Professorin der Faculté des Sciences der Sorbonne und Vorsteherin des dortigen Radium-Institutes, das den Mittelpunkt der Radio-Therapie in Frankreich bildet. 1910 wurde ihr von der englischen Royal Society die Albert-Medaille verliehen, 1911 wurde sie zum zweiten Male mit dem Nobelpreis für Chemie bedacht, als sie ihre Forschungen in dem grundlegenden, in alle Weltsprachen übersetztes Werk „Die Radioaktivität" zusammenfaßte. — Marie Curie, 1867 in Warschau geboren, war jüdischer Abstammung. Sie kam mittellos nach Paris und nahm dort die Stellung als Laboratoriums-Dienerin an der Sorbonne an, gleichzeitig studierte sie Mathematik und Physik und wurde Assistentin von Pierre Curie, der sie später heiratete.

Neuer Makkabiweltrekord des Weltmeisters Engl.

Prag. Das Mitglied des Prager jüdischen Sportklubs „Hagibor", Heinz Engl, der bei den vorjährigen Studentenkampfspielen in Turin die Studentenweltmeisterschaft im 200 m-Laufen errang, konnte bei dem großen Prager Sportfest am 24. Juni im 200 m-Laufen mit der hervorragenden Zeit von 21.6 Sekunden einen neuen Makkabi-Weltrekord aufstellen. Die Leistung des Prager jüdischen Sportmanns wurde von den zahlreichen Gästen der Veranstaltung mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung der Schweiz im Rückgang.

Zürich. In der neuen Auflage des Buches des Züricher Regierungs- und Ständerates Dr. Oskar Wettstein „Die Schweiz" wird mitgeteilt, daß nach der Volkszählung von 1930 in der Schweiz 17.930 Juden lebten, d. s. 0.4 Prozent der Bevölkerung, während 1910 und 1920 ihr Anteil 0.5 Prozent ausmachte. Ihr Anteil ist in rückläufiger Bewegung und wieder auf den Stand von 1900, also vor 30 Jahren, zurückgekehrt.

In Zürich wurden 1933 insgesamt 112 Juden eingebürgert gegen 160 im Jahre 1932 und 121 im Jahre 1930. Davon waren 45 in der Schweiz, 23 in Deutschland und 44 in anderen Ländern geboren. Seit 1913, also seit 20 Jahren, wurden in Zürich 1786 Juden eingebürgert.

Von acht Box-Weltmeisterschaften fünf in jüdischen Händen.

Prag. Die Erringung der Weltmeisterschaft im Boxen aller Kategorien durch den Juden Max Baer hat der Presse überall in der Welt Anlaß zu Kritik an der nationalsozialistischen These von der körperlichen Unterwertigkeit der Juden gegeben. Dabei wird festgestellt, daß von den acht existierenden Box-Weltmeisterschaften fünf in jüdischen Händen sind: Berney Roß hält zwei Titel, Max Baer, Rosenblom und Jackie Brown die drei anderen.

Revisionistische Tageszeitung „Hajarden" für einen Monat verboten.

Jerusalem. **Die Jerusalemer revisionistische Tageszeitung „Hajarden" ist vom High Commissioner für einen Monat verboten worden. Als Grund für diese Maßnahme wird die von der Zeitung in vier Artikeln an dem Urteil im Arlosoroff-Prozeß geübte Kritik angegeben. Wie die JTA erfährt, rechnet man mit der Möglichkeit, daß auch andere jüdische Zeitungen wegen „Mißachtung des Gerichtes" durch die Art ihrer Kommentierung des Urteiles gemaßregelt werden.**

500 zusätzliche Palästina-Einwanderungs-Zertifikate für Handwerker.

Jerusalem. Wie mitgeteilt wird, hat die Palästinaregierung der Jewish Agency weitere 500 Einwanderungs-Zertifikate für Handwerker mit einem Eigenkapital von mindestens 250 Pfund außerhalb des Rahmens der Arbeiter-Schedule bewilligt. Von diesen Zertifikaten sind 200 zur Verteilung in Polen, 200 zur Ausgabe in Deutschland und 100 für aus Deutschland ausgewanderte Juden in verschiedenen Ländern bestimmt.

Ein technologisches Institut für Tel-Aviv.

Jerusalem. In Tel-Aviv soll ein hebräisches technologisches Institut errichtet werden. Das Budget des Instituts soll nach dem soeben veröffentlichten Organisationsplan jährlich 30.000 Pfund betragen. An der Spitze des Kuratoriums des geplanten Instituts werden der Bürgermeister von Tel-Aviv Meïr Dizengoff und der Vizebürgermeister J. Rokeach stehen.

Die Kantone sind wieder da.

London. Die arabische Presse in Palästina wandte sich in der letzten Zeit in scharfen Artikeln gegen einen angeblich bestehenden Plan, Palästina in arabische und jüdische Kantons einzuteilen, über welchen Plan der Emir Abdullah von Transjordanien in London verhandeln soll. In Kreisen der britischen Regierung wird entschieden bestritten, daß ein solcher Plan erwogen wird und daß mit dem Emir Abdullah seitens der Regierung diese oder andere Verhandlungen geführt werden.

Orangen-Export Palästinas in dieser Saison.

Jerusalem. Nach einer soeben veröffentlichten offiziellen Statistik wurden aus Palästina im Laufe dieser Saison 5,526.097 Kisten Orangen ausgeführt. 64% des Exportes gingen nach England, 23% nach Deutschland.

Revisionistisches Jugendmeeting.

Donnerstag, den 28. Juni, fand im Festsaale des Alten Rathauses ein großes Protestmeeting der Wiener revisionistischen Jugend gegen die Schandurteile in Jerusalem statt. Die Jugendführer Jacob Feder und Erich Wolf zeichneten in mit stürmischer Begeisterung aufgenommenen Reden die Haltung der jüdischen Jugend, die mit aller Ruhe den Verlauf der Dinge abwarten will, um zur Tat zu schreiten.

Aus Graz.

Samstag, den 30. Juni veranstaltete der Qen Garz des Berit Trumpeldor im großen Saal der Kultusgemeinde einen Vortrag mit dem Thema: „Rettet Stavsky". Als Referent war Dr. Edmund Schächter aus Wien. Knapp vor Beginn betrat ein Mitglied des sozialistischen Haschomer den Saal und begann, die revisionistischen Teilnehmer der Kundgebung zu provozieren. Gleich darauf marschierten 40 Mitglieder des Haschomer in den ohnehin dicht gefüllten Saal.

Dr. Schächter wies in seiner mehr als einstündigen Rede auf die juristische Unmöglichkeit des Urteils hin, deckte den politischen Hintergrund des Urteils auf und zeichnete die verwerflichen Methoden der Histadruth. Schon während der Ausführungen Dr. Schächters, die wiederholt durch stürmischen Beifall unterbrochen wurde, versuchten die anwesenden Mitglieder des Haschomer durch Zwischenrufe Unruhe in den Saal zu tragen. Nichtsdestoweniger konnte die Versammlung in vollkommener Ruhe zu Ende geführt werden und als Dr. Schächter seine Rede mit einem Vergleich zwischen Herzl u. Jabotinsky schloß, widerhallte der Saal von stürmischen „Jechi Jabotinsky"- und „Tel Hai"-Rufen. Der Vorsitzende Dr. Otto Spiegel, wollte hierauf die Versammlung schließen. Da rief der Führer der im Saal anwesenden Haschomer mit gellender Stimme in den Saal: „Wir gedenken unseres toten Führers Arlosoroff angesichts derer, die ihn ermordet haben." Die Betarim, die in musterhafter Weise den Ordnungsdienst versahen, wollten diese beispiellose Provokation gebührend quittieren. Es entstand ein ungeheurer Tumult, Zwischenfälle, wie Graz sie noch nicht gesehen hatte. Es war nur dem guten Einfall Doktor Spiegels, der plötzlich die Tikwah anstimmte, zuzuschreiben, daß es nicht zu ernsten Verletzungen kam. Die Betarim stellten dem Haschomer darauf eine Frist von 5 Minuten, innerhalb der er die Möglichkeit hätte, das Lokal zu verlassen, widrigenfalls sie ihn gemeinsam mit den Mitgliedern der J.A.V. Charitas entfernen würden. Tatsächlich verließ der Schomer hierauf den Raum.

Es ist zu bemerken, daß die Grazer zionistische Kultusgemeinde diesem marxistischen Jugendbund Haschomer Hazair ein Heim im Gebäude der Kultusgemeinde einräumt und ihn mit einer sehr großen Subvention bedenkt.

Die Erregung in der jüdischen Bevölkerung über diese Vorkommnisse war außerordentlich groß. Die nicht links eingestellten Elemente der zionistischen Ortsgruppe beschlossen in einer spontan einberufenen Sitzung, in der Herr Dr. Schächter referierte, aus der zionistischen Ortsgruppe, die gänzlich im linken Fahrwasser segelt, auszutreten und eine eigene Organisation zu schaffen. Es wird auch in einer Petition an die Kultusgemeinde darauf hingewiesen werden, welche Gefahren daraus entstehen können, wenn weiterhin solche linken Bünde gefördert werden.

*

Samstag nachmittags fand im Heim des Betar ein feierlicher Appell statt, zu dem die Spitzen der jüdischen Gesellschaft erschienen waren. Nach der Begrüßung durch den Mefaqed Berthold Fleissig sprachen Herr Lehrer Jellinek, Herr Dr. Otto Spiegel und Mefaqed Machane Hachajal Dr. Edmund Schächter.

Sonntag vormittags veranstaltete der Betar eine Herzl-Gedenkfeier, bei der Dr. Edmund Schächter die Gedenkrede hielt. Es gelang dem Betar, in den letzten Tagen auch aus den Reihen des Haschomer eine größere Anzahl Mitglieder zu werben....

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und für den Inhalt verantwortlich: Dr. Otto Schmidek, Wien I., Kohlmarkt 5. — Druck: Druck- und Verlagsanstalt Melantrich A. G., Wien IX., Pramergasse 6.